

■ **Meldung**



Sieht Probleme bei der Vorbereitung auf Katastrophen: Dr. Johannes Richert.

Foto: BS/Tom Maelsa, DRK

Dringender Gesprächsbedarf

(BS) Deutschland ist auf tatsächliche Katastrophen nicht vorbereitet, sagt Dr. Johannes Richert, Stellvertreter des Generalsekretärs des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). Die gesamte Organisation des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes sei lokal ausgerichtet und gehe von wachsenden Ereignissen aus, die mit verschiedenen Modulen bewältigt werden können. Doch die Anforderungen ändern sich. Die größte Katastrophe nach der Anzahl der Notrufe war das Hochwasser 2013. Im Einsatz waren neun Prozent aller vorhandenen Kräfte. Wir brauchen nicht mehr Einheiten, aber wir müssen über das Management der Einheiten nachdenken, zieht Richert sein Fazit. Vor allem bei der Bewältigung von Massen seien die Organisationen überfordert.

■ **Inhalt/Themen**

- Es mangelt an Kompatibilität.....2
- Last oder Rückhalt?.....2
- Bis zu zehn Millionen Menschen!.....3
- Stimmen der Aussteller.....4

Schweizer System funktioniert

(BS) Die Schweiz sei zwar "ein kleines Land", verfüge aber über einen großen Erfahrungsschatz mit Naturkatastrophen. Das betonte der Tessiner Staatsrat Norman Gobbi, Präsident der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF), auf dem gerade stattfindenden 13. Europäischen Katastrophenschutzkongress, den der Behörden Spiegel in Berlin veranstaltet.



Könnte sich auch eine allgemeine Dienstpflicht für Frauen vorstellen: Der Schweizer Nationalrat Norman Gobbi.

Foto: BS/Giessen

Schadenshöhen wachsen an

Gobbi verwies in seinen Ausführungen u.a. auf die Nationale Risikoanalyse 2015 "Katastrophen und Notlagen" für die Schweiz, die vom Berner Bundesamt für Bevölkerungsschutz erarbeitet worden war. Aufgrund der feststellbaren kontinuierlichen Zunahme der Schadenshöhen müsse ein "integrales Risikomanagement" intensiviert werden.

Vorsorgemaßnahmen seien dabei ein wichtiger Bestandteil im Rahmen des Sicherheitsverbundes Schweiz. Dessen Hauptpartner bestünden aus dem Bund, den 26 Kantonen sowie den großen Städten. Daneben gebe es das Verbundsystem Bevölkerungsschutz. Darin sei etwa geregelt, dass Männer mit Schweizer Bürger-

recht im Zivilschutz dienstpflchtig seien, sofern für die Schutzdienstleistung tauglich und nicht Militär- oder Zivildienst leistend. Der Schweizer Nationalrat erwähnte auch die subsidiäre Unterstützung durch die Armee: Falls die Kapazitäten anderer Behörden erschöpft seien, solle das Militär mit-helfen. So könne es Sicherungsaufgaben übernehmen (wie beim Davoser Weltwirtschaftsforum), allgemeine Unterstützung bieten (zum Beispiel bei der Tour de Suisse) oder militärische Katastrophenhilfe leisten (wie beim letzten Waldbrand im Tessin).

Für die mobile Verwaltung
Die Behörden Spiegel App

Die kostenlose Behörden Spiegel App.
Erhältlich im Apple App Store, Google Play Store und Amazon Appstore

Mangelhafte Kompatibilität in Deutschland und Europa

(BS) Die Führungssysteme der unterschiedlichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in der Bundesrepublik sind oftmals nicht ohne weiteres miteinander in Einklang zu bringen. Noch schlimmer sieht es aus, wenn man den Blick auf deren grenzüberschreitende Kompatibilität wirft. Darin waren sich der Präsident der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Albrecht Broemme, und Jean-Paul Monet von der französischen Feuerwehr Bouches du Rhône einig.

Integrierte Einsatzleitung erforderlich

Generalmajor Erwin Stramez, stellvertretender Direktor der österreichischen Anti-Terror-Einheit Cobra, wiederum unterstrich: "Bei Großschadenslagen ist eine integrierte Einsatzleitung, in der sowohl Polizei als auch Feuerwehr und Rettungsdienste vertreten sind, sehr wichtig." Damit deren Arbeit im Ernstfall jedoch auch gelinge, müssten die entsprechenden Abläufe regelmäßig geübt werden. Denn er habe die Erfahrung gemacht, so Stramez: "In der Praxis funktioniert die Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden in aller Regel. Schwierig wird es hingegen, wenn es aus-



Diskutierten über unterschiedliche, oftmals nicht einfach miteinander in Einklang zu bringende Führungssysteme und -kulturen: Generalmajor Erwin Stramez aus Österreich, Berlins Landesbranddirektor Wilfried Gräfling (Moderator), THW-Präsident Albrecht Broemme und Jean-Paul Monet von der französischen Feuerwehr Bouches du Rhône (v.l.n.r.).

Fotos: BS/Giessen

schließlich um theoretische Fragen geht." Und ebenfalls weiterhin Schwierigkeiten gebe es in Bezug auf die unterschiedlichen Führungskulturen bei polizeilichen und übrigen BOS, ergänzte Broemme. So führten die Polizeibehörden häufig weiterhin von hinten, während die Feuerwehren von vorne führten. Allein das zeige, dass "wir da in Deutschland noch viel zu tun haben." Ähnliches berichtete Monet aus Frankreich.

Auch dort gebe es bei den BOS immer noch differierende Führungssysteme. Aus diesem Grunde hielt er fest: "Es wäre sinnvoll, auf europäischer Ebene ein Führungssystem zu entwickeln." Und noch eine Idee brachte Monet auf: Selbst wenn das in den USA verwendete Kommandosystem in seiner Gesamtheit nicht nach Europa passe, sollte dennoch überlegt werden, einzelne Elemente zu übernehmen.

Last oder Rückhalt?

(BS) Laurits Rauer Nielsen, Dozent für Notfall- und Risikomanagement am Kopenhagener Metropolitan University College, zeigte auf, wie Menschen in Krisen zu spontanen Helfern werden können. Der Einsatz



Erläuterte den effektiven Umgang mit Spontanhelfern: Laurits Rauer Nielsen vom Kopenhagener Metropolitan University College.

dieser Kräfte müsse seitens der Behörden gewünscht sein und von diesen vor allem koordiniert werden. Über ein geeignetes Kommunikationsmedium wie Facebook können die Krisenorte kommuniziert werden.

Immer wieder anpassen

Danach werden die Aufgaben, wie beispielsweise der Sandsacktransport, verteilt und kontinuierlich der Lage angepasst. Dadurch können die Helfer passend gesteuert werden. Aber die Meinungen über die spontanen Helfer gehen auseinander. Für die einen sind sie eine Last, die die offiziellen Hilfskräfte behindern. Für die anderen ein Segen, der in Krisenzeiten mitanpackt.

Gefahr unterschätzt

(BS) "Heat is a silent killer of silent persons", so das Fazit von Prof. Dr. Hans Peter Hutter vom Institut für Umwelthygiene an der Medizinischen Universität Wien.

Generell nehmen Hitzetage über 30 Grad Celsius immer mehr zu. 2045 werden es jährlich durchschnittlich über 40 sein. Zwischen 1981 und 2000 waren es pro Jahr nur 15. Natürlich sei die Mortalität regional sehr unterschiedlich, doch allorts müssten soziale Faktoren stärker bedacht werden. Besonders alleinlebende, nicht mobile Menschen seien von Hitzetoden betroffen. Deshalb müsse die Stadtplanung mehr auf hitzesenkende Maßnahmen achten und stärker in die Bebauungsplanung eingreifen, verlangte Hutter.

Bis zu zehn Millionen Menschen!

(BS) Auf "plötzliche Bevölkerungsbewegungen in einer Größenordnung von bis zu zwei Prozent der Gesamtbevölkerung", also rund zehn Millionen Menschen, müsse sich die Europäische Union (EU) nach einer Empfehlung der Atlantischen Allianz (NATO) einstellen. Das sagte Dr. Johannes Luchner, Direktor für Katastrophenmanagement bei der Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Zivilschutz (DG ECHO) der Europäischen Kommission.

Gefahr nicht gebannt

Ein weiteres, "intensiviertes Beschäftigungsfeld" der EU-Zusammenarbeit mit der NATO im Bereich der Vorsorgemaßnahmen beim Katastrophenmanagement stelle das Thema hybride Bedrohungen, insbesondere durch Cyber-Angriffe, dar. Während in den vergangenen 20 Jahren "der Fokus auf

dem Zivilschutz im Sinne von 'civil protection'" gelegen habe, erhalte "nun der Verteidigungsfall im Sinne von 'civil defence' wieder größere Bedeutung", so Dr. Luchner.

Durch den europaweiten Terrorismus hätten die Blaulicht-Dienste eine sehr schwierige Aufgabe hinzubekommen. Der EU-Beamte wies in diesem Zusammenhang auf einen Workshop im kommenden Monat hin, der die Arbeit in sogenannten roten Zonen, das heißt in Bereichen, in denen noch akute Gefahr für Leib und Leben – auch für die Helfer – besteht, zum Thema hat. Gewappnet müsse man leider künftig auch gegen Angriffe mit CBRN-Mitteln sein, wobei der Schwerpunkt der Bedrohung weniger im Bereich radiologisch-nuklear als vielmehr im Bereich biologisch-chemischer Waffen liege. Die Kommission habe im Bereich des europäischen Zivilschutzes "außer ihrer Ex-



In Zukunft könne es zu plötzlichen Bevölkerungsbewegungen von rund zehn Millionen Menschen kommen. Davor warnte Dr. Johannes Luchner von der Europäischen Kommission.

Fotos: BS/Giessen

pertise, ihrer Kapazität, die Mitgliedsstaaten an einen Tisch zu bringen, und einem vergleichsweise geringen Jahreshaushalt keinerlei eigene Zivilschutzkapazitäten."

Beirat macht sich Gedanken über Kongress 2018

(BS) Abseits vom Katastrophenschutzkongress traf sich der Beirat, um sich über die aktuelle und die zukünftige Tagung auszutauschen. Dabei resümierte R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel: "Die nächsten Themen werden wir bewusst wählen und das Feedback sowie die Nachfrage danach miteinfließen las-

sen." Vor allem wie der Katastrophenschutz sich entwickelt, wie er auf demografischen Wandlungen reagiert und welche neuen Möglichkeiten sich bieten, sollen demnach behandelt werden. Stichworte hierzu waren Katastrophenschutz 4.0, psychologische Betreuung der Einsatzkräfte, spontane Helfer, CBRN-Lagen sowie großflächige

Evakuierungen. All das könnten 2018 Programmpunkte werden. Gleiches gilt für die urbane Sicherheit, also die Frage, wie Gebäude und öffentliche Plätze im Hinblick auf Erdbeben, Feuer sowie Terrorangriffe abgesichert werden können.

Positives Feedback für derzeitigen Kongress

Die ersten Eindrücke des diesjährigen Kongresses waren gut und dienten dem Beirat als Feedback für den kommenden. "Wir haben uns mit unseren Partnerländern bewusst europäisch aufgestellt und es freut uns, dass dies eine hohe Resonanz fand", sagte Rainer Schwierczinski, Präsident der THW-Landeshelfervereinigung NRW e.V.. Für das nächste Jahr sei geplant, ein süd- oder osteuropäisches Land als Partner zu gewinnen. Im Gespräch sind u.a. Italien und die Niederlande. Auf Arbeitsebene enger eingebunden werden sollen nach den Vorstellungen der Beiratsmitglieder zudem Katastrophenschutzverantwortliche aus Polen und Tschechien.



Im Rahmen des diesjährigen Europäischen Katastrophenschutzkongress tagte auch dessen Programmbeirat. Diesem gehört u.a. der Berliner Landesbranddirektor Wilfried Gräßling (l.). Die Mitglieder des Gremiums werteten den aktuellen Kongress aus und machten sich Gedanken zum Programm für das Jahr 2018.

Stimmen der Aussteller

(BS) Die Aussteller, die dieses Jahr auf dem Katastrophenschutzkongress vertreten sind, befinden zum Teil ganz unterschiedliche thematische Schwerpunkte als besonders wichtig. Für die meisten der anwesenden Aussteller stellt die Betonung der Vorsorge der Bevölkerung und besonders die Kommunikation mit der Bevölkerung im Katastrophen- oder Krisenfall den wichtigsten thematischen Punkt dar.

Zahlreiche Vorschläge unterbreitet

Der Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V. schlägt eine Fokussierung auf die individuelle Vorsorge der Bevölkerung vor. Des Weiteren solle die dringende Verknüpfung und Koordination der unterschiedlichen Hilfsorganisationen, der Anbieter von Hard- und Software und von

wissenschaftlichen Institutionen noch stärker in den Vordergrund rücken. Auch die Freie Universität Berlin schließt sich dieser Einschätzung an und schlägt eine thematische Fokussierung auf die Rolle der sozialen Netzwerke als Kommunikationsmittel innerhalb der Bevölkerung sowie zwischen Bevölkerung und Behörden vor.

Kongress sollte sich auch mit genderspezifischen Fragen auseinandersetzen

Die Universität Wien befürwortet zukünftig eine Auseinandersetzung mit genderspezifischen Fragestellungen bezüglich eines Katastrophenfalls und möchte auch die Nachsorge in Folge eines solchen Falles thematisieren. Generell wünschen sich zahlreiche Aussteller eine Schwerpunktsetzung auf konkrete Maßnahmen der Vor- wie

auch der Nachsorge bezüglich eines Krisenfalls. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt begrüßt die angesprochenen Aspekte des Verkehrsmanagements und der Logistik und spricht sich für eine weitere Akzentuierung hinsichtlich von Resilienz-Konzepten in Verbindung mit Thematiken der Kommunikation und der Logistik aus.

Verantwortlichkeiten frühzeitig regeln

Das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und Geologie des Landes Sachsen kritisiert die fehlende deutliche und vor allem frühzeitige Klärung von Verantwortlichkeiten im Katastrophenfall und möchte die Vereinheitlichung von Konzepten, Rahmenbedingungen und Maßnahmen aller Bundesländer thematisch in den Vordergrund stellen.

Praxisseminar

IT-Sicherheit in der Verwaltungspraxis

16. - 17. Oktober 2017, München

Behörden Spiegel

Aus der Praxis für die Praxis
Kompetenz für Fach- und Führungskräfte

IT-Sicherheitsbeauftragte(r)- und nun?

- Wie setzt man behördliche Informationssicherheit und eine IT-Sicherheitsleitlinie erfolgreich um?
- Wie wird in der Praxis ein höheres Sicherheitsbewusstsein auf allen Ebenen und Hierarchien geschaffen?
- Wie sind Dienstanweisungen und Richtlinien in die normale Umgangssprache der Behörden zu übersetzen?



Ihr Dozent:

Diese und weitere Fragen beantwortet **Markus Albert**, IT-Sicherheitsbeauftragter der Stadt Frankfurt am Main.

Detaillierte Information und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de

POLIZEITAGE 2017

18. Oktober 2017 in Dresden

Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel
und der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Behörden Spiegel



Wie sieht die Polizei der Zukunft aus?

➤ Veranstaltungsort

Pullmann Hotel Dresden Newa
Prager Straße 2C, 01069 Dresden

➤ Tagungsprogramm, 18. Oktober 2017

- 08:45 **Begrüßung der Gäste**
Hagen Husgen, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Sachsen und
R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel
- 09:00 **Eröffnungsrede**
Markus Ulbig, Sächsischer Staatsminister des Innern
- 09:30 **Prävention, digitale Beweismittel und administrative Prozesse – Axon Systemlösungen –**
Christian Scherf, Country Manager Deutschland, Axon Public Safety Germany SE
- 10:00 **Visionen statt Flickenteppich!**
Hagen Husgen, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Sachsen
- 10:30 **Identitätsfeststellung mit dem Smartphone**
Uwe Demsky, Senior Key Account Manager, secunet Security Networks AG
- 11:00 KAFFEPAUSE
- 11:30 **Auswirkungen der Generation Y auf die Polizei – Was wird sich für die Polizei durch den demografischen Wandel ändern?**
Gerhardt Weitkunat, Zentral- und Grundsatzabteilung, Bundespolizeiakademie
- 12:00 Dr. Matthias Weber, Heckler & Koch GmbH
- 12:30 **Educate for tomorrow: Warum Bildung der Schlüssel für die Zukunft der Polizei ist**
Friedel Durben, Direktor, Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
- 13:00 **Protection of Life**
Edwin Busch, Geschäftsführer, Busch GmbH & Co. KG



HIER ANMELDEN
zum Polizeitag Dresden
www.polizeitage.de

13:30 MITTAGSPAUSE

14:30 **Zum Zustand des Versammlungsrechts**
Prof. Dr. Henning Schwier, stellv. Leiter Fachbereich des Fachbereiches Recht, Sozialwissenschaften, Sprachen, Hochschule der Sächsischen Polizei

15:00 **“Face Check” by Gauselmann – Zutrittskontrolle in der Spielhalle durch Gesichtserkennung**
Marco Bollmeier, Produktmanager, adp Gauselmann GmbH

15:20 KAFFEPAUSE

15:50 **Keynote**
Andreas Noack, CEO, heinekingmedia GmbH/stashcat

16:10 *Politische Diskussionsrunde*
Hat der Polizeiberuf eine Zukunft?
Leitung: R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel

Teilnehmer: Christian Hartmann, MdL, Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag
Hagen Husgen, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Sachsen
Albrecht Pallas, MdL, Sprecher für Innenpolitik der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Enrico Stange, MdL, Innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

17:00 Ende der Veranstaltung

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von “Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit” und verantwortlich: R. Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann. Redaktion: Adrian Bednarski, Hartmut Bühl (Brüssel), Julian Einhaus, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Michael Harbeke, Katarina Heidrich, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Wim Orth, Dr. Gerd Portugall, Julia Seeliger, Benjamin Stiebel. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Marmulla (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75, E-Mail: redaktion@behoerden-spiegel.de; www.behoerendspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Vorsitz Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. August Hanning, Staatssekretär a.D.; Reimar Scherz, BrigGen. a.D. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von “Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit”. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten (“Links”), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.